Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

Insertionspreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsätzen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Strikte Platzvorschrift % Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 170 | **Dienstag den 27. Juli 1920** | **79. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Bis jetzt sind 6000 Deutsche aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt.

* In London befürchtet man, daß die Russen versuchen werden, sich in den Besitz von Danzig zu setzen.

* Bei den neuesten Unruhen in Belfast wurden 13 Personen getötet und 250 verletzt.

* Der Internationale Sozialistenkongreß in Genf beginnt am 31. Juli.

* Die Franzosen haben von Beirut aus den Vormarsch nach Damaskus angetreten.

* Der türkische Kronrat hat die Unterzeichnung des Friedensvertrages beschlossen.

* Mustafa Kemal Pascha droht dem Sultan mit Absetzung, wenn er den Friedensvertrag unterschreibt.

Großbayern?

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

In diesen Hochsommertagen scheint es der politischen Phantasie erlaubt zu sein, alle Grenzen der Wirklichkeit, alle Vorbedingungen der praktischen Möglichkeit zu übersteigen, ohne deswegen nach Gebühr in ihre Schranken verwiesen zu werden. Die ebenso eigenmächtige wie unerwartete Entsendung eines französischen Gesandten nach München hat allen Gebärdenspähern und Gespenstersehern im Süden wieder Wasser auf ihre Mühle geliefert. Mit ungemeiner Geschäftigkeit zimmern sie so frei aus dem Handgelenk ein Gerüst zusammen, auf dem sich morgen oder, wenn es sein muß, auch heute schon mühelos ein Großstaat Bayern emporrichten läßt. Man braucht zu diesem Zweck ja „nur" die österreichischen Alpenländer mit unserem lieben Isarstaat zusammenzulegen, Wien und was dazu gehört an Ungarn abzugeben, die unumgänglichen Personalfragen — hie Wittelsbach, hie Habsburg — in der widerstandslosen Höhe des luftleeren Raumes nach Kinderspielregelart zu lösen, und der berühmte Donaustaat mit dem großmächtigen Frankreich als Anlehnung im Rücken ist vollendet.

Ein süddeutsches Blatt, von dem man annehmen darf, daß es diesen Phantasiepolitikern das kindliche, aber doch auch nicht ungefährliche Spiel verderben möchte, stürzt sich zu diesem Zwecke noch in die Unkosten einer Enthüllung. Es hängt die Bildung eines österreichischen monarchistischen Geheimbundes mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Clam von Martinitz an der Spitze an die große Glocke. Eine ähnliche Gründung habe sich in der Schweiz aufgetan, und beide würden durch die französischen Gesandtschaften in Wien und in Bern mit dem bekannten französischen Geschick in Taktik und Strategie auf das eigentliche Ziel hingeleitet: Unter Verhinderung des österreichischen Anschlusses an Deutschland dessen Zerschlagung ein für allemal ins Werk zu setzen. Natürlich gibt es auch in Bayern Leute, die diese Arbeit unterstützen. Hier wird wiederum die Stadt Rosenheim als Sitz des Übels bezeichnet. In Regensburg, in Linz sind die Verschwörer zusammengekommen, und als Gefahr bestand, daß man sich um der dynastischen Frage willen in die Haare geriet, gelang es dem französischen Einfluß, alles in schönster Weise zu ordnen. Ungarn bekommt seinen Habsburger als König wieder, während man den Wittelsbacher mit Groß-Bayern belehnen will. Ungarns Zustimmung zu dieser genialen Lösung wird dadurch erkauft, daß man seinen Truppen Wien und diejenigen Teile Österreichs, die für Bayern auch beim besten Willen nicht in Frage kommen, „bis zur endgültigen Regelung" überläßt. Wann, wie, durch wen diese endgültige Regelung erfolgen sollen, was braucht das Staatengründer von solchen Ausmaßen groß zu beschweren? So viele Fragen der internationalen Politik sind heute ungelöst oder nur vorläufig geregelt — da kann es auf eine mehr oder weniger wirklich nicht ankommen. Die Hauptsache ist, daß man wieder einmal von monarchistischen Bündnissen, von gegenrevolutionären Unternehmungen und ähnlichen fürchterlichen Dingen berichten kann, bei denen dem ehrsamen Arbeiter heutzutage ein Schauer über den Rücken herunterläuft. Die „Sensation" hat ihre Wirkung getan, das ist die Hauptsache — auch wenn nach wenigen Tagen schon kein Mensch mehr von ihr spricht.

Sie wird umso schneller von dem nimmer ruhenden Strom der Zeit verschlungen werden, als dem eben in München angekommenen französischen Gesandten gerade von dem Wortführer der bayerischen Arbeiterschaft in der Kammer ein sehr deutlicher Empfang bereitet wurde. Herr Timm verbat sich im Namen der Sozialdemokratie jede Einmischung in die Angelegenheiten der deutschen Republik und erklärte mit größter Bestimmtheit, daß alle Versuche, die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes von außenher zu unterwühlen, den entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft finden würden. Er verlangte von der bayerischen Regierung, sie solle dafür sorgen, daß der Oberste Rat der Entente die Abberufung dieses französischen Gesandten aus München bewirke, dessen Entsendung im ganzen Volke die lebhaftesten Befürchtungen hervorgerufen habe. Bei der gleichen Gelegenheit erklärte der bayerische Ministerpräsident, daß die weitere Behandlung der Frage, gemäß den Vereinbarungen mit Berlin, dem Auswärtigen Amt überwiesen worden sei. Eine Regelung, mit der gewiß jeder Anhänger der Einheit des Deutschen Reiches nur einverstanden sein kann. Mit den Phantasien über Groß-Bayern hat es danach wohl noch gute Wege. Wir können vielleicht Herrn Millerand nicht verhindern, für seine eigentümliche Protektorrolle gegenüber dem deutschen Süden Geld zum Fenster hinaus zu werfen. Wir können auch müßigen Verschwörern nicht untersagen, Mühe und Arbeit an Pläne zu verschwenden, deren Hoffnungslosigkeit sie bei einiger nüchterner Einschätzung der Weltlage ohne weiteres einsehen müßten. Aber unser Vertrauen auf die Reichstreue der Bayern ist fest genug gegründet, um diese Gefahr wenigstens mit einigem Spott abtun zu können. Wenn uns sonst nichts auf der Welt zu beunruhigen brauchte, wir könnten wirklich ruhig schlafen.

Belagerungszustand in Ostpreußen.

Deutsche Note an die Entente.

Mit Rücksicht darauf, daß die Kämpfe zwischen Rußland und Polen in unmittelbarer Nähe der ostpreußischen Grenze stattfinden, und daß durch den Übertritt von kämpfenden Truppen und Flüchtlingen Zwischenfälle in Ostpreußen entstehen können, hat der Reichspräsident, um die Wahrung der Neutralität und die Erfüllung der Pflichten der Neutralität zu sichern, auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung Ausnahmevorschriften für den Bezirk des Wehrkreiskommandos 1 erlassen. Deutschland hat ferner an den Obersten Rat eine Note gerichtet, die um Ermächtigung zur Verstärkung der Truppen in Ostpreußen und zur Besetzung der beiden Bezirke Allenstein und Marienwerder ersucht. Zur Begründung erklärt sie, sie müsse die Grenze gegen die Einbruchsgefahr durch Bolschewisten verteidigen. Die Note unterliegt gegenwärtig der Prüfung der alliierten Regierungen.

Englands entschlossene Haltung.

Nach dem ausführlichen Wortlaut der Unterhausrede Lloyd Georges sagte dieser mit Bezug auf das Vorrücken der Bolschewisten gegen die deutsche Grenze noch: Wir müssen uns klarmachen, was das bedeutet.

Für Deutschland mit seinen Lasten, seinen Verpflichtungen und seiner überwältigenden Schuldenbürde besteht, wie für jeden anderen Schuldner, die große Versuchung, einen einfachen und bequemen Ausweg zu finden, freilich würde dies nur durch Anarchie möglich sein, aber es gibt in Deutschland Millionen von Menschen, die ungeduldig werden, und es gibt in Deutschland Millionen kriegsgeübter Männer. Die Bolschewisten sind ihre unmittelbaren Nachbarn.

Ich bitte nur an die Möglichkeit zu denken, daß die Alliierten der Früchte ihres teuer erkauften Sieges beraubt werden könnten. Die Alliierten sind unter diesen Umständen zu dem Entschluß gelangt, den Marsch der Bolschewisten durch polnisches Gebiet unbedingt zu verhindern.

Bedrohung Danzigs.

Aus London wird mitgeteilt, daß die Nachrichten aus Polen in englischen amtlichen Kreisen tiefe Niedergeschlagenheit hervorgerufen haben. Man nimmt an, daß die polnische Niederlage und die Möglichkeit einer Verbindung zwischen Russen und Deutschen einen neuen Weltkrieg hervorrufen könnten. Lloyd George wurde vom König empfangen und hatte eine lange Unterredung mit ihm. Man glaubt zu wissen, daß der König erklärt habe, es müßte etwas geschehen, damit die Alliierten die Früchte ihres Sieges nicht verlieren. Andererseits benachrichtigte die englische sozialistische Partei Lloyd George, daß ein Krieg gegen Rußland das Zeichen zum Beginn des Generalstreiks bilden würde. Die hauptsächlichste Sorge, mit der man sich in London und Paris beschäftigt, ist die, ob die Alliierten oder die Russen zuerst in Danzig ankommen könnten. Die deutsche Neutralität verpflichtet die Alliierten, ihre Truppen auf dem Seewege nach Danzig zu bringen, weshalb angenommen werden muß, daß die Russen doch früher in Danzig sein werden. Die Befürchtungen der englischen Regierung, daß die russischen Truppen das Gebiet von Danzig zu besetzen versuchen werden, sind in der Tat nicht ohne Grund. Es liegt die Möglichkeit vor, daß Verbände der Roten Armee sich Eingang durch den polnischen Korridor erzwingen und bis Danzig vordringen, das ja nicht deutsches Gebiet ist und infolgedessen nicht als neutral gelten kann.

Geheimnisvolle Gefangenentransporte.

In der sächsischen Volkskammer teilte ein Abgeordneter mit, daß in den letzten Tagen ein Eisenbahnzug mit Gefangenen in Dresden angekommen sei. Diese angeblichen Gefangenen seien in neue englische Infanterieuniformen gekleidet und bewaffnet gewesen, auch Munitionswagen habe der Zug geführt. Ein zweiter Zug sei ebenfalls mit uniformierten, bewaffneten englischen Soldaten besetzt gewesen. Die Züge seien als Lebensmittelzüge deklariert gewesen. Es handle sich offenbar um einen Bruch der deutschen Neutralität. Die Soldaten hätten unverweilt entwaffnet und interniert werden müssen. Ministerpräsident Buck erklärte darauf, daß am Donnerstag an die sächsische Regierung ein Telegramm aus Berlin eintraf, nachdem in Cuxhaven ein Dampfer mit tschechoslowakischen Kriegsgefangenen aus Sibirien angekommen wäre, die durch Sachsen transportiert würden. Auf dem Bahnhof Dresden-Friedrichstadt sei von einer tschechisch sprechenden Person festgestellt worden, daß es sich tatsächlich um Tschechen handelte. Ob andere Soldaten dabei gewesen seien, wisse die Regierung nicht. Es seien aber nachträglich Bedenken aufgestiegen, weil die Soldaten der Transporte im Besitz aller Waffen waren und neue Uniformen trugen. Würde versucht werden, unter Bruch der Neutralität fremde Soldaten durch Sachsen durchzuschmuggeln, so würde die sächsische Regierung ernstlich bei dem Reiche vorstellig werden, um jede Neutralitätsverletzung zu verhindern. Der sächsische Gesandte in Berlin ist beauftragt, Erkundigungen einzuziehen. Im übrigen habe er die Überzeugung, daß schon die Eisenbahner alles tun würden, um solche Transporte unmöglich zu machen. Im Anschluß daran bestätigte der Abgeordnete Nussel, daß auch in Leipzig auf dem Hauptbahnhof außer den Kriegsgefangenen Waggons mit feldmarschmäßig ausgerüsteten Truppen beobachtet worden seien.

*

Verschiedene Meldungen.

Paris. Um den Polen eine wirksame Unterstützung gegen die vordringenden Bolschewisten gewähren zu können, hält man es in hiesigen militärischen Kreisen für notwendig, ein Heer von mindestens 200 000 Mann auf die Beine zu bringen. Man hegt aber die Befürchtung, daß es kaum möglich sein werde, eine so starke Truppenmacht den Polen zur Verfügung zu stellen.

London. Die Bolschewisten setzen ihren Vormarsch unaufhaltsam fort und rücken täglich 30 bis 40 Kilometer vor. Sie stehen augenblicklich bei Bialystok, 150 Kilometer von Warschau entfernt, das bereits von der Zivilbevölkerung geräumt wird. Das bolschewistische Heer rückt gegen Warschau vor.

Kowno. Die polnische Stadt Seinn in der Nähe von Grodno ist bereits von den Bolschewisten besetzt worden.

Das Reichswehrgesetz.

Landsmannschaftliche Eigenart.

Die deutsche Wehrmacht von nunmehr 100 000 Mann und 15 000 Mann Marine soll nach dem für die Beratungen des Reichsrates bereit gestellten Entwurf aus 21 Infanterie-, 18 Kavallerie- und 7 Artillerieregimentern mit je sieben Formationen der technischen Waffengattungen bestehen. Die Marine würde je 6 Linienschiffe und kleine Kreuzer und je 12 Zerstörer und Torpedoboote zählen. Das Kommando liegt in der Hand des Chefs der Heeresleitung bzw. der Admiralität, die beide wieder in dem Reichswehrminister ihren Vorgesetzten haben.

Nach den in Weimar gemachten Zusagen können die einzelnen Länder „zur Wahrung der landsmannschaftlichen Eigenart, ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse und zur Pflege ihrer Überlieferungen" Landeskommandanten verlangen, die auf Vorschlag der Landesregierungen vom Reichspräsidenten ernannt werden. Diese neue Behörde hat 1. die Landesregierung von allen wesentlichen Vorgängen ihres Geschäftsbereiches zu benachrichtigen, 2. die landsmannschaftlichen Interessen bei der Besetzung der Führer- und Beamtenstellen sowie bei der Ergänzung des Reichsheeres im Einvernehmen mit den vorgesetzten Dienststellen und der Landesregierung zu wahren. Auch an der Regelung des Beschaffungs- und Lieferungswesens können die Landesregierungen auf ihr Verlangen beteiligt werden. Ebenso sprechen diese mit, wenn der Reichswehrminister in Ausübung seiner Befugnisse Truppen auf längere Zeit verlegt. Die Wehrmacht ist verpflichtet, die Behörden der Länder auf ihre Anforderung bei öffentlichen Notständen und zu polizeilichen Zwecken zu unterstützen, wenn deren eigene Kräfte nicht ausreichen. Den militärischen Befehlshabern ist der Zweck, zu dem die Hilfe der bewaffneten Macht verlangt wird, so bestimmt anzugeben, daß sie ihre Maßnahmen mit Zuverlässigkeit treffen können. Über die zur Erreichung dieses Zweckes erforderlichen militärischen Maßnahmen hat allein der militärische Befehlshaber unter eigener Verantwortung zu bestimmen.

Die Angehörigen der Wehrmacht werden auf 12 Jahre unkündbar unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie dienstfähig bleiben usw., angestellt. Während dieser Zeit haben sie Anspruch auf bürgerliche Berufsausbildung nach besonders aufzustellenden Grundsätzen und bei ihrer Entlassung auf Berufsfürsorge und auf Gewährung von Versorgungsgebührnissen für sich und ihre Hinterbliebenen nach Maßgabe besonderer Gesetze. Jeder Angehörige der Wehrmacht kann nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu den höchsten Stellungen gelangen. Vor der Beförderung zum Offizier muß sich der Anwärter auf eine Dienstzeit von 25 Jahren verpflichten.

Den Offizieren steht unter den gleichen Voraussetzungen die Unkündbarkeit des Vertrages für diese Zeit von 25 Jahren zu. In bürgerlichen Rechtssachen nehmen die Angehörigen der Wehrmacht insofern eine Sonderstellung ein, als sie gewisse ehrenamtliche Verpflichtung wie die Übernahme von Vormundschaften ablehnen können. Politisch sind sie wie es früher der Fall war, in ihrer Bewegung beschränkt. Es heißt darüber: Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen sich innerhalb des Dienstbereiches politisch nicht betätigen. Den Soldaten ist die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten, sie dürfen sich untereinander auch zu nichtpolitischen Zwecken

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF